



STADT MEERBUSCH
DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 12. März 2009

Tagesordnung	Seite
Anwesenheit	2
I ÖFFENTLICHE SITZUNG	3
1. Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 22. Januar 2009 - Bestellung eines Gutachtens über die Möglichkeiten und Zweckmäßigkeiten von noch mehr Kreisverkehr	3
2. Konjunkturpaket II	3
3. V. Änderung der Zuständigkeitsordnung und Änderung der Vergabeordnung (BGO 10-08)	3
4. Umbenennung der Flughafenbrücke	3
5. Neubau Feuerwehrgerätehaus Langst - Kierst	4
6. Benachrichtigung der Bevölkerung bei Großschadenereignissen	5
7. Antrag der FDP-Fraktion bez. Benennung des Park's am Hallenbad in Meerbusch-Büderich	5
8. Anfrage der SPD-Fraktion vom 3. März 2009 bez. Kosten für die Kommunal- und für die Bundestagswahl 2009	5
9. Bericht der Verwaltung	5
10. Termin der nächsten Sitzung	5
11. Verschiedenes	6
11.1 Patenschaft mit Shyowge	6
11.2 Baumaßnahme an der Moerser Straße	6
11.3 Quartalskassenstatistik	6

Anwesenheit

Sitzungsort: Dr.-Franz-Schütz-Platz 1, Meerbusch-Büderich

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.40 Uhr

Anwesend

sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Spindler

von der CDU-Fraktion:

Ratsfrauen Hermanns (bis TOP 5; 19.30 Uhr), Docktor (ab TOP 5; 19.30 Uhr), Kox, Schoppe (bis TOP 4; 18.55 Uhr), Joliet-Heising (ab TOP 4; 18.55 Uhr), Homuth-Kenkliès (ab TOP 5; 19.30 Uhr) sowie die Ratsherren Becker, Damblon, Jürgens, Jung (bis TOP 6; 19.50 Uhr), Wehrspohn (ab TOP 6; 19.50 Uhr), Radmacher und Wartchow (bis TOP 5 ; 19.30 Uhr) ,

von der SPD-Fraktion:

Ratsfrau Niederdellmann sowie die Ratsherren Jüngerkes, Neuhausen und Schoenauer,

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Wellhausen und Ratsherr Dr. Schumacher,

von der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN":

Ratsfrau Dr. Schomberg sowie Ratsherr Peters,

von der Verwaltung:

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage,
Technischer Beigeordneter Dr. Gerard,
Herr Bechert, Fachbereich 1,
Herr Wirtz, Service Zentrale Dienste,
Herr Fiebig, Service Finanzen,
Herr Klein, Service Immobilien,
Herr Fox, Rechnungsprüfungsamt,
Frau Scholten, Referentin des Bürgermeisters,
Herr Mombartz, Personalratsvorsitzender

Es fehlen:

Ratsfrau Steinforth und Ratsherr Rheingans (CDU),
Ratsherr Eimer (SPD)

Schriftführer

Herr Olbertz

I ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 22. Januar 2009 - Bestellung eines Gutachtens über die Möglichkeiten und Zweckmäßigkeiten von noch mehr Kreisverkehr

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss verweist den Antrag gem. § 24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss mit der Bitte um Beratung und abschließende Entscheidung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2. Konjunkturpaket II

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, die Umsetzung der in der Anlage genannten Maßnahmenliste für Hochbaumaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II zu beschließen.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, der außerplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung in Höhe von 1.745.000 € bei dem Produkt technisches Gebäudemanagement zuzustimmen. Die Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen aus dem Konjunkturpaket II.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. V. Änderung der Zuständigkeitsordnung und Änderung der Vergabeordnung (BGO 10-08)

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die als Anlage beigefügte V. Änderung der Zuständigkeitsordnung zu beschließen.

Er stimmt ferner dem Vorhaben des Bürgermeisters zu, zur Beschleunigung von Investitionen befristet bis zum 31.12.2010 die Wertgrenzen im Zusammenhang mit Vergaben im Bereich der VOB bei freihändigen Vergaben auf 50.000 € und bei beschränkten Ausschreibungen auf 500.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4. Umbenennung der Flughafenbrücke

Die Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.03.2009 wurde von Bürgermeister Spindler schriftlich beantwortet und den Fraktionen übersandt.

Frage 1: Auf Grundlage welcher rechtlichen Normen erfolgt das gegenwärtige Verfahren betreffend die Umbenennung der Flughafenbrücke?

Antwort: Nach § 1 Abs. 5 Bundesfernstraßengesetz bestimmt das Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Nummerierung und Bezeichnung von Bundesfernstraßen. Hierzu zählen auch die Brückenbauwerke der Bundesautobahnen.

Für ein derartiges Verfahren sind weder im Bund noch im Land Verfahrensregelungen normiert.

Frage 2: Handelt es sich hierbei um ein Antragsverfahren?

Antwort: Nein, es handelt sich um kein Antragsverfahren. Die Namensvorschläge werden in derart gelagerten Fällen vom jeweiligen Landesverkehrsministerium an den Bundesverkehrsminister herangetragen und von dort gebilligt.

Frage 3: Falls es sich um ein Antragsverfahren handelt: Wer ist antragsberechtigt, welche förmlichen und inhaltlichen Ansprüche sind an einen solchen Antrag zu stellen?

Antwort: siehe 2.)

Frage 4: Wer ist an diesem Verfahren förmlich beteiligt bzw. zu beteiligen?

Antwort: Da es kein förmliches Verfahren gibt, sind auch keine Beteiligungsverfahren vorgesehen.

Frage 5: In welcher Form ergeht (durch wen?) die Entscheidung in diesem Verfahren?

Antwort: Wie bei der Beantwortung der Frage 1.) bereits dargestellt, entscheidet gem. § 1 Abs. 5 Bundesfernstraßengesetz der Bundesverkehrsminister über eine Namensgebung.

Die Umbenennung ist nur ein dinglich gestalteter Hoheitsakt, der im Ermessen des Bundes steht und auf den niemand einen Anspruch hat und der auch Rechte Dritter nicht berührt.

Frage 6: Welche Rechtsmittel gibt es gegen eine in diesem Verfahren ergangene Entscheidung?

Antwort: Da sich aus der Umbenennung der Brücke keine gesetzliche Rechtsfolge für Dritte ergibt und daher in der Regel auch niemand in seinen Rechten verletzt ist, sind Rechtsmittel im vorliegenden Fall nicht erkennbar.

Frage 7: Wie stellt sich vor dem Hintergrund vorstehender Fragen der aktuelle Sachstand in dem Verfahren zur Umbenennung der Flughafenbrücke dar, d.h. in welchem Stadium befindet sich das Verfahren gegenwärtig konkret?

Antwort: Der derzeitige Stand des Verfahrens ist nicht bekannt. Wie diesseitig berichtet, wurde die Resolution sowohl dem Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW als auch dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgelegt wurde. Eine Antwort lag bisher nicht vor.

Inzwischen liegt jedoch ein Antwortschreiben des Bundesverkehrsministeriums vor, nach dem sich der Bundesverkehrsminister bei der Umbenennung der Flughafenbrücke einem Vorschlag der Landesregierung Nordrhein-Westfalen nicht widersetzen werde. Insofern liege die Entscheidung zur Umbenennung bei der Landesregierung.

Im Haupt- und Finanzausschuss besteht daher Einigkeit, dem Ministerpräsidenten und dem Minister für Verkehr und Bauen des Landes Nordrhein-Westfalen die in der Sitzung des Rates am 17.02.2009 gefasste Resolution erneut zu übersenden.

5. **Neubau Feuerwehrgerätehaus Langst - Kierst**

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der vorgelegten Vorentwurfsplanung zum Umbau und Erweiterung des Verwaltungsgebäudes Langster – Straße 60 mit der Maßgabe zu, den historischen Baubestand des Gebäudes sichtbar zu erhalten. Im heutigen Verwaltungsgebäude sollen für die Löschgruppe Langst – Kierst neue Räumlichkeiten eingerichtet werden. Die benötigte Fahrzeughalle wird als unmittelbarer Anbau an das bestehende Verwaltungsgebäude geplant. Im Gebäude ist auch ein Bürgerraum mit Nebenräumen vorzusehen (Variante 2).

Die Entwurfsplanung ist auf der Basis des vorgenannten Beschlusses schnellstmöglich zu erarbeiten und dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zur wesentlichen Reduzierung der Umbaukosten zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

6. Benachrichtigung der Bevölkerung bei Großschadenereignissen

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erstattet einen Zwischenbericht, den der Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis nimmt.

7. Antrag der FDP-Fraktion bez. Benennung des Park's am Hallenbad in Meerbusch-Büderich

Die Entscheidung über den Antrag wird einstimmig vertagt, um das Ergebnis der Beratung der Schulkonferenz der Grundschule Boverth über eine Namensgebung der Schule nach Erwin Heerich abzuwarten.

Nach Darstellung durch Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage habe die Schulleitung ihre Zustimmung zu einer Namensgebung nach Erwin Heerich signalisiert. Die Schulkonferenz habe über den Vorschlag jedoch noch nicht entschieden. Dies sei abzuwarten.
Die Witwe von Erwin Heerich habe gegen eine Benennung der Schule keine Bedenken.

8. Anfrage der SPD-Fraktion vom 3. März 2009 bez. Kosten für die Kommunal- und für die Bundestagswahl 2009

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage berichtet, dass die reinen Sachkosten für die Kommunalwahl am 30.08.2009 und die Bundestagswahl am 27.09.2009 jeweils ca. 32.000 € betragen. Bei einer Zusammenlegung der beiden Wahlen entstehen Sachkosten in Höhe von etwa 37.000 €. Der Mehrbetrag resultiere im Wesentlichen aus höheren Portokosten. Für übergeordnete Wahlen erfolge eine Erstattung der Wahlkosten durch das Land.

9. Bericht der Verwaltung

Bürgermeister Spindler erstattet folgenden Bericht:

Breitbandverkabelung in den Rheingemeinden und in Meerbusch-Ossum-Börsinghoven

Zwischenzeitlich wurden verwaltungsseitig auch Gespräche mit Anbietern von Richtfunkverbindungen geführt. Derartige Lösungen sind für die Rheingemeinden und Ossum-Börsinghoven auch denkbar. Nach Übermittlung der Strukturdaten erhält die Stadt eine erste Kostenkalkulation.

Werbetafeln entlang von Autobahnen

Geeignete Gebäude zur Anbringung von Stadtwerbung in Autobahnnähe sind derzeit nicht vorhanden. Auf dem Gelände des neuen Baubetriebshofes am Bundenrott in Meerbusch-Strümp ist auch die Errichtung eines Funkmastes vorgesehen. In diesem Zusammenhang wäre zu klären, ob eine Stadtwerbung an diesem Turm vorgesehen werden sollte. Die Verwaltung wird die Angelegenheit weiterverfolgen.

Fragen zum Sachstandsbericht Neubauprojekte werden von Herrn Klein beantwortet.

10. Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses findet am 7. Mai 2009 statt.

11. Verschiedenes**11.1 Patenschaft mit Shyowge**

Ratsherr Peters bittet um einen Sachstandsbericht zur möglichen Patenschaft für Shyowge.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert, es habe erste Gespräche mit Personen gegeben, die Erfahrungen mit derartigen Patenschaften haben. Danach sei eine medizinische und schulische Unterstützung angedacht. Diese Projekte werden nunmehr auch der Partnerstadt Foesnant vorgeschlagen, mit der Bitte sich zu beteiligen.

11.2 Baumaßnahme an der Moerser Straße

Ratsherr Dr. Schumacher kritisiert, dass eine Begleitbepflanzung des ersten fertig gestellten Abschnitts bereits erfolgt sei, obwohl abgesprochen worden sei, die Politik zuvor zu beteiligen.

11.3 Quartalskassenstatistik

Ratsherr Dr. Schumacher bittet um Bereitstellung der jeweiligen Quartalskassenstatistiken an die Fraktion.

Dies wird von Herrn Fiebig zugesagt.

Meerbusch, den 16. März 2009

Dieter Spindler
Bürgermeister

Wolfram Olbertz
Schriftführer